

## **RFNP-Änderung 11a MH Kölner Straße / Erzweg**

### **Teil A: Begründung**

<b>1</b>	<b>Anlass und Erfordernis der Änderung</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Planungsrechtliche Vorgaben</b>	<b>2</b>
2.1	Vorgaben von Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und Landesentwicklungsplan (LEP)	2
2.2	Vorgaben des RFNP und des RFNP-Genehmigungserlasses	3
2.3	Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	3
2.4	Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes von 2005	4
2.5	Bebauungsplanung	5
2.6	Sonstige informelle Planungen	5
<b>3</b>	<b>Gegenstand der Änderung</b>	<b>5</b>
3.1	Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches	5
3.2	Bedarfsnachweis	6
3.3	Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung	6
3.4	Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und/oder den regionalplanerischen Teil des RFNP	6
3.5	Alternative Entwicklungsmöglichkeiten	6
<b>4</b>	<b>Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien</b>	<b>6</b>
<b>5</b>	<b>Sonstige Belange</b>	<b>6</b>
5.1	Altlasten	6
5.2	Bergbau	7
5.3	Leitungen	7
<b>6</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	<b>7</b>
6.1	Verfahren	7
6.2	Benehmen/Einvernehmen des RVR	8
6.3	Umgang mit den Stellungnahmen	8
<b>7</b>	<b>Flächenbilanz</b>	<b>9</b>

### **Teil B: Umweltbericht**

## **Teil A: Begründung**

### **1 Anlass und Erfordernis der Änderung**

Der dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zur Genehmigung vorgelegte, von den Räten der Städte der Planungsgemeinschaft beschlossene Regionale Flächennutzungsplan sah im südlichen Mülheimer Stadtgebiet, im Bereich Kölner Str. / Erzweg, die Ausweitung eines ca. 10 ha großen, gewerblich geprägten Standortes auf rd. 25 ha gewerbliche Baufläche (ASB) vor. Der RFNP hatte hier ein Ziel des Flächennutzungsplans der Stadt Mülheim an der Ruhr aufgegriffen, das von der Bezirksregierung Düsseldorf 2005 nicht genehmigt und somit nicht wirksam geworden war. Die Gründe für die (erneute) Gewerbeflächenausweitung wurden im Rahmen der Wertung der Eingaben und Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung ausführlich dargelegt. Dabei wurde auch deutlich gemacht, dass die Neuinanspruchnahme von Freiraum durch Rücknahme von GEP-Bauflächenpotenzialen in anderen Stadtbereichen mehr als kompensiert worden wäre.

Der RFNP-Genehmigungserlass des MWME vom 18. November 2009 klammert unter Ziffer I.1.2-3 die gewerbliche Baufläche (Allgemeiner Siedlungsbereich - ASB) im Bereich Kölner Str. / Erzweg von der Genehmigung aus, bis zur Vorlage einer geänderten Darstellung, die den bestehenden Nutzungen entspricht.

Die Räte der Städte der Planungsgemeinschaft sind den Maßgaben, Versagungen, Ausklammerungen und Hinweisen des Genehmigungserlasses beigetreten. Der am 03.05.2010 wirksam gewordene Regionale Flächennutzungsplan enthält für die ausgeklammerte Fläche Kölner Str./Erzweg also keine Darstellungen und Festlegungen.

Die Änderung 11a MH Kölner Str. / Erzweg hat zum Ziel, die "Lücke" im RFNP zu schließen. Dazu werden die Vorgaben aus der Begründung der Ausklammerung aufgegriffen.

Die eingeleitete Änderung 11 MH wurde am Nordrand durch eine etwa 0,8 ha große, nicht von der Genehmigung ausgeklammerte und als Grünfläche dargestellte Fläche ergänzt. Unter Würdigung einer Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände wird die ursprüngliche Änderung 11 MH nun aufgeteilt in die Änderungen 11a MH und 11b MH; letztere bezieht sich lediglich auf die 0,8 ha große, ehemalige Ergänzungsfläche. Diese Änderung 11b MH wird zu einem späteren Zeitpunkt fortgeführt.

### **2 Planungsrechtliche Vorgaben**

#### **2.1 Vorgaben von Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und Landesentwicklungsplan (LEP)**

Ziel C.II.2.1 des LEP legt fest, dass Regional- und Bauleitplanung durch Darstellung und Festsetzung ausreichender Siedlungsbereiche, Bauflächen und Baugebiete in den Gebiets-, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen die Baulandversorgung für den regionalen und kommunalen Bedarf sicherzustellen haben.

Ziel C.II.2.3 beinhaltet folgende vorrangige Kriterien als Vorgabe bei der Inanspruchnahme von dargestellten Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen durch die kommunale Bauleitplanung und/oder bei der Darstellung von weiteren Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen in Regionalplänen, die für die vorliegende Änderung und Ergänzung relevant sind:

- Die Möglichkeit der Arrondierung vorhandener Gewerbe- und Industriestandorte soll genutzt werden, bevor andere Flächen in Anspruch genommen werden.

- Untergenutzte Gewerbe- und Industriestandorte sind nach Möglichkeit zu verdichten.

Ziel C.II.2.4 bezieht sich auf die Darstellung von neuen eigenständigen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen in den Regionalplänen und benennt folgende Kriterien für Standorte, die vorrangig für wirtschaftliche Nutzung in Frage kommen:

- kurzwegige Anbindung (vorhanden oder geplant) an das überörtliche Straßenverkehrsnetz und an Verkehrsträger mit hoher Transportkapazität (insbesondere Bahn, Schiff, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV);
- Integration in die Stadtentwicklungsplanung;
- möglichst in Kooperation der Gemeinden untereinander;
- Eignung für interkommunale Zusammenarbeit.

Die Planung entspricht den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes. Es handelt sich um die städtebauliche Ordnung und teilweise Wiedernutzbarmachung eines alten Industriestandortes (ehemaliges Erzbergwerk), die mit einer Altlastensanierung einhergehen soll.

§ 25 LEPro beschreibt Vorgaben für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft. Hiernach ist im Rahmen eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums eine mit qualitativen Verbesserungen verbundene arbeitsmarktorientierte und umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung anzustreben.

Die Planung entspricht auch denen nach LEPro für die Entwicklung von gewerblich genutzten Bereichen vorgegebenen Zielsetzungen. Da es sich im vorliegenden Fall nicht um eine Neuinanspruchnahme von Siedlungsfläche handelt, ist davon auszugehen, dass die Planung in diesem Sinne als umweltverträglich anzusehen ist.

## **2.2 Vorgaben des RFNP und des RFNP-Genehmigungserlasses**

Weil der gesamte Änderungsbereich 11a MH von der Genehmigung ausgeklammert wurde, lassen sich aus der Plandarstellung des RFNP keine unmittelbaren Vorgaben ableiten.

Als Vorgaben für das Änderungsgebiet können nur die Hinweise aus der Begründung der Ausklammerung der Fläche im Genehmigungserlass herangezogen werden. Wörtlich heißt es dort: "Für möglich wird eine Darstellung von gewerblichen Bauflächen / Allgemeinem Siedlungsbereich für die bestehenden baulichen Nutzungen (Umspannwerk, bestehende Gewerbebetriebe, Wohnbauflächen, gemischte Bauflächen, Sport- und Freizeitanlagen) sowie die gewerblichen Brachflächen gehalten. Die vorhandenen Freiflächen (Wald, Flächen für die Landwirtschaft und Grünflächen) sind in ihrer Freiraumfunktion planerisch zu sichern."

## **2.3 Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung**

Im Regelfall ist nach § 34 LPlG für Flächennutzungspläne bzw. Flächennutzungsplanänderungen und für nicht aus dem FNP entwickelte Bebauungspläne ein landesplanerisches Anpassungsverfahren durchzuführen. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung hat die Gemeinde dazu bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele für den Planungsbereich vorliegen. Der Regionalplan und damit auch der regionalplanerische Inhalt des RFNP, den die Planungsgemeinschaft in eigener Verantwortung festlegt, nehmen hingegen nicht am landesplanerischen Zielanpassungsverfahren teil.

Für die bauleitplanerischen Inhalte des RFNP ist nach Auffassung des RVR als Regionalplanungsbehörde ebenfalls kein landesplanerisches Zielanpassungsverfahren erforderlich. Der RVR ist am Verfahren aber ohnehin beteiligt (siehe auch 6.2), so dass eine Prüfung der landesplanungsrechtlichen Belange sichergestellt ist.

Hinweis:

Die Landesplanungsbehörde hat Bedenken gegen die Einbeziehung der aufgelassenen Tankstelle westlich der Kölner Straße in den Änderungsbereich geäußert. Es wird befürchtet, dass mit einer G/ASB-Darstellung des etwa 0,5 ha großen Grundstückes eine (bauliche) Weiterentwicklung des Standortbereiches ausgelöst und eines der letzten noch verbliebenen "Fenster zur Landschaft" gefährdet und der Regionale Grünzug weiter eingeschränkt würde.

Diese Gefahr besteht nicht. Das ehemalige Tankstellengrundstück ist heute nicht Teil der freien Landschaft. Aufgrund der topographischen Gegebenheiten musste beim Bau der Tankstelle in den 1950 'er Jahren das Gelände aufgeschüttet und auf das Niveau der Kölner Straße gebracht werden. Die nach Süden, Westen und Norden abfallenden Böschungen wurden begrünt. Bis heute weisen diese Böschungen dichten Baum- und Strauchbesatz auf. Hierdurch ist der Bereich von der freien Landschaft abgeschirmt und insofern auch nicht Teil des weiter nördlich angrenzenden "Fensters zur Landschaft". Um das Gelände stimmig in den Freiraum einzubinden, müsste konsequenterweise ein Abholzen des Grünsaums und ein Abtragen der Aufschüttung erfolgen. Eine solche Maßnahme wird als unverhältnismäßig gesehen.

Die Stadt Mülheim an der Ruhr führt zur Ordnung und rechtlichen Absicherung des Gewerbestandortbereiches Kölner Straße/Erzweg ein Bebauungsplanverfahren durch. Das frühere Tankstellengrundstück ist darin einbezogen worden. Darüber hinaus beabsichtigt die Stadt Mülheim an der Ruhr, die gesamte Kölner Straße zwischen Saarn und Selbeck - entsprechend den Zielen der 1994 mit der Bezirksregierung Düsseldorf abgestimmten Bereichsplanung - über Bebauungspläne zu regeln. Auch wenn diese Bebauungspläne nicht zeitnah aufgestellt werden könnten, ist die Entstehung eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils gem. § 34 BauGB für Grundstücke südlich der ehemaligen Tankstelle bis zur Ortslage Selbeck nicht möglich, zumal in diesem Bereich Festsetzungen des Mülheimer Landschaftsplanes (geschützter Landschaftsbestandteil) greifen. Auch nördlich und westlich der früheren Tankstelle ist keine Splitterbebauung vorhanden, an die eine bauliche Weiterentwicklung anknüpfen könnte.

Vor diesem Hintergrund ist die Befürchtung unbegründet und nicht nachvollziehbar, dass eine gewerbliche Nutzung des ehemaligen Tankstellengrundstückes eine weitere Siedlungstätigkeit im (siedlungssplitterfreien) Umfeld und eine Zerstörung des Landschaftsfensters auslösen würde.

Das etwa 0,5 ha große Grundstück der ehemaligen Tankstelle ist zum Freiraum hin (nach Süden, Westen und Norden) eingebettet in ein Landschaftsschutzgebiet, einen Regionalen Grünzug und einen Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE). Die beiden regionalplanerischen Schutzgebietskategorien verhindern jedwede zukünftige Mülheimer Entwicklungsabsicht über das bestehende ehemalige Tankstellengrundstück hinaus.

## **2.4 Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes von 2005**

Die teilweise brachgefallenen sowie baulich vorgeprägten Teilflächen im Westen und der Mitte des Änderungsbereiches sind nicht Bestandteil des im Februar 2005 rechtskräftig gewordenen Landschaftsplanes. Der zusammenhängende, landwirtschaftlich genutzte Freiraum im Nord- und Südosten des Änderungsbereiches liegt aber im Geltungsbereich des Landschaftsplans, der hier jedoch keine Festsetzungen enthält. Die Abgrenzung der Schutzgebiete im Landschaftsplan korrespondierte seinerzeit schon mit dem für den Mülheimer Flächennutzungsplan (2005) vorgesehenen, vergrößerten Gewerbestandortbereich "Kölner Straße/ Erzweg", der später von der Bezirksregierung Düsseldorf jedoch nicht genehmigt wurde.

Die Genehmigung des Landschaftsplans 2004 erfolgte unter der Maßgabe, dass Geltungsbereich und Landschaftsschutz an die bestehenden baulichen Nutzungen im Bereich Kölner

Straße/Erzweg heranzuführen seien. Im weiteren Verfahren sollen die Grenzen des Landschaftschutzes mit den Bauflächengrenzen des RFNP in Einklang gebracht werden.

## **2.5 Bebauungsplanung**

Der teilweise brachgefallene sowie baulich vorgeprägte Westteil des Änderungsbereiches soll über einen Bebauungsplan rechtlich qualifiziert werden. Das entsprechende Verfahren (Bebauungsplan "Kölner Straße / Erzweg - I 19") wurde vom Planungsausschuss der Stadt Mülheim an der Ruhr am 06.07.2010 zur Einleitung beschlossen.

## **2.6 Sonstige informelle Planungen**

Die Bereichsplanung Kölner Straße aus dem Jahr 1994 ist eine sonstige städtebauliche Planung im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB. Die Inhalte dieser RFNP-Änderung berücksichtigen die Ergebnisse der bereits 1994 als Orientierungs- und Arbeitsgrundlage beschlossenen Bereichsplanung Kölner Straße.

## **3 Gegenstand der Änderung**

### **3.1 Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches**

Der ca. 24,7 ha große Änderungsbereich gliedert sich grob in zwei Teile: Flächen mit baulicher (Vor-) Prägung im Westen und der Mitte, landwirtschaftlich genutzter Freiraum im östlichen Teil. Im westlichen Teil befand sich das Erzbergwerk Neudiepenbrock III, das vor mehr als 100 Jahren stillgelegt wurde. Auf dem alten Bergwerksgelände haben sich in der Folgezeit nach und nach Gewerbebetriebe angesiedelt; einzelne Flächen fielen aber auch brach oder konnten (z.B. wegen Bergehalden) nicht weiter genutzt werden. Teile des ehemaligen Bergwerksgeländes sowie östlich angrenzende Freiflächen wurden von der RWE AG erworben, die dort auf dem noch teilweise extensiv genutzten Betriebsgelände zwei Umspannanlagen errichtete. Im Umfeld der Kölner Straße und am Erzweg entstanden im letzten Jahrhundert eine (inzwischen aufgegebene) Tankstelle (siehe hierzu auch Hinweis unter Kapitel 2.3) sowie kleinteilige Mischnutzungen. All diese anthropogen überformten Flächen (einschließlich der östlichen Umspannanlage) summieren sich auf rd. 13 ha, die landwirtschaftlich genutzten, in ihrer Morphologie nicht veränderten Flächen sind etwa 12 ha groß.

Die Fa. RWE Rhein-Ruhr Verteilnetz GmbH plant aktuell eine Bündelung ihrer beiden Schaltanlagen. Dazu soll die östliche Umspannanlage erweitert, die westliche aufgegeben werden. Da hierfür ein noch ungenutztes Flächenpotenzial am östlichen Standort nicht ganz ausreicht, soll der Standortbereich geringfügig ausgeweitet werden. Dazu soll ein etwa 200 Meter langer und 10 Meter breiter Geländestreifen (2.200 qm) aus der Landwirtschaftsfläche (Eigentümerin: RWE Rheinland Westfalen Netz AG) ausparzelliert werden. Nach Bündelung der Betriebseinrichtungen kann der bisherige Standortbereich östlich der Kölner Straße hinsichtlich der Altlasten saniert und dann später einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden. Die neuen Stromkreisführungen zur 110-kV-Schaltanlage ermöglichen einen Rückbau von Masten und Leitungen westlich der Kölner Straße, was dort zu einer deutlichen Verbesserung des Landschaftsbildes führt.

Vor allem durch Sukzession ist im nördlichen Teil des Änderungsgebietes und auf dem RWE Betriebsgelände Wald in einer Größenordnung von etwa 2,8 ha entstanden. Da der RFNP nur Flächen größer 5 ha darstellt, werden die Waldflächen in die größere Umgebungsdarstellung einbezogen. Auf der Ebene des Bebauungsplanes (siehe Abschnitt 2.5) soll der Umgang mit diesen Waldflächen geregelt werden: entweder durch Erhalt bzw. Teilerhalt oder durch Kompensationsmaßnahmen. Der Ausgleichsflächenpool der Stadt Mülheim an der Ruhr hielte hierfür ausreichend geeignete Standorte vor.

### **3.2 Bedarfsnachweis**

Die Änderung ist erforderlich, damit die durch den RFNP-Genehmigungserlass entstandene Lücke in der Plandarstellung geschlossen wird.

Gegenüber der ursprünglichen Planungsabsicht, im Bereich Kölner Str. / Erzweg 24,7 ha gewerbliche Baufläche (ASB) auszuweisen, reduziert sich das Gewerbeflächenpotenzial um 14,5 ha, da künftig nur noch - bestandsbezogen - 9,4 ha gewerbliche Baufläche (ASB) dargestellt werden sollen.

### **3.3 Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung**

Der westliche Teil des Änderungsgebietes (9,4 ha) soll als gewerbliche Baufläche / allgemeiner Siedlungsbereich, der östliche Teil (15,3 ha) als Fläche für die Landwirtschaft / allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt werden. Die RWE-Schaltanlage (rd. 3 ha) soll über das Symbol "Elektrizitätsversorgung" dargestellt werden, das am Standort die Fläche für die Landwirtschaft / allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich überlagert.

### **3.4 Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und/oder den regionalplanerischen Teil des RFNP**

Die Änderung 11a MH wirkt sich sowohl auf den flächennutzungsplanerischen als auch auf den regionalplanerischen Teil des RFNP aus.

Hinsichtlich der inhaltlichen Auswirkungen wird auf die entsprechenden Ausführungen in Kap. 3.1 verwiesen.

### **3.5 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten**

Vor dem Hintergrund der Ausführungen im Genehmigungserlass des RFNP, der heutigen Nutzungsstrukturen und Standortplanungen sowie unter Würdigung eines auch unter finanziellen Gesichtspunkten angemessenen Umgangs mit der Altlastenproblematik sind alternative Entwicklungsmöglichkeiten nicht erkennbar.

## **4 Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien**

Zur Identifikation der Altlastensituation im Bereich Kölner Straße / Erzweg und zur Lösung der Altlastenproblematik liegen entsprechende Untersuchungen vor.

Das Umweltamt der Stadt Mülheim an der Ruhr hat bei der Biologischen Station westliches Ruhrgebiet e.V. ein Gutachten zur Erfassung und Bewertung schwermetalldoleranter Pflanzenarten auf dem Gelände des ehemaligen Erzbergwerkes Neudiepenbrock in Auftrag gegeben. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass auf dem Gelände des ehemaligen Erzbergwerkes verschiedene schwermetalldolerante Pflanzenarten vorkommen. Diese Pflanzengesellschaften befinden sich im Wesentlichen im Bereich der RFNP-Änderung 11b MH. Im Bereich der vorliegenden Änderung 11a MH können sich die Ergebnisse des Gutachtens ggfls. auf der Ebene des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens auswirken.

## **5 Sonstige Belange**

### **5.1 Altlasten**

Ende der 1980 'er Jahre wurden auf dem Betriebsgelände des ehemaligen Bergwerks starke Bodenkontaminationen festgestellt. Die im Auftrag des Umweltamtes erstellten Gefährdungsabschätzungen konnten die Kontaminationen räumlich eingrenzen. Sie erstrecken sich auf etwa 10 ha des westlichen ursprünglichen Änderungsgebietes. Gemäß der durchgeführ-



ten Sanierungsuntersuchung sollten die Altlasten vor Ort durch eine Oberflächenabdichtung gesichert werden. Die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen sollten ein weiteres "Aus-schwemmen" von Schwermetallen in den Haubach verhindern.

Eine wichtige Rolle für die Sanierung spielt die etwa 0,8 ha große Fläche, welche sich nunmehr nördlich des Änderungsbereiches 11a MH befindet. Diese Fläche war bisher Bestandteil der RFNP-Änderung 11 MH. Nach Hinweisen des Landesbüros der Naturschutzverbände wird das mögliche Vorhandensein schwermetalltoleranter Pflanzenarten in diesem Bereich derzeit gutachterlich überprüft. Im Anschluss an diese Untersuchung können die Belange der Gefahrenabwehr (Altlasten) und möglicherweise vorhandene artenschutzrechtliche Belange abgewogen werden, um eine Flächendarstellung im RFNP zu finden. Da die Untersuchungsergebnisse nicht zeitnah vorgelegt werden können, wird die circa 0,8 ha große Fläche zu einem späteren Zeitpunkt als Änderung 11b MH fortgeführt.

## **5.2 Bergbau**

Die Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6 Bergbau und Energie hat im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung auf eine wahrscheinlich erhebliche altbergbauliche Beeinträchtigung des Planänderungsgebietes bzw. seiner Baugrundsicherheit hingewiesen. Es kann davon ausgegangen werden, dass in weiten Teilen des Planänderungsbereiches Abbau durch das ehemalige Erzbergwerk „Neudiepenbrock 3“ betrieben wurde. Aufgrund der im tages-/oberflächennahen Bereich unter dem Planungsgebiet vorhanden Hohlräume oder Verbruchzonen kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass die Tagesoberfläche über diesem Teil des Planungsgebietes sich absenkt oder einstürzt. Nach den Unterlagen der Abteilung 6 Bergbau und Energie sind innerhalb des Planänderungsgebietes 13 verlassene Tagesöffnungen verzeichnet; auch diese sind grundsätzlich senkungs-, setzungs- und einsturzgefährdet (siehe Synopse zur frühzeitigen Beteiligung).

## **5.3 Leitungen**

Die Amprion GmbH und das RWE haben im Rahmen der förmlichen Beteiligung darauf hingewiesen, dass sich im Planänderungsgebiet verschiedene Hochspannungsfreileitungen mit entsprechenden Schutzstreifen befinden. Die Leitungsführungen sollen im Zuge der vorgesehenen Veränderungen an den Umspannanlagen verändert werden (siehe Kapitel 3.1). Des Weiteren wurde auf Hochspannungsmaste mit entsprechenden Mastfreiflächen hingewiesen.

# **6 Verfahrensablauf**

## **6.1 Verfahren**

Der Erarbeitungsbeschluss für die vorgelegten Änderungsverfahren des RFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 15.11. und dem 16.12.2010 gefasst. Im Rahmen des Scopings wurde zuvor den Fachbehörden die Gelegenheit gegeben, sich zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit fand vom 17.01.2011 bis 17.02.2011 statt. Die öffentliche Auslegung wurde im Sommer 2011 (12.07 bis 21.07.2011) durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmliche Beteiligung fanden vom 07.09. bis zum 07.10.2011 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) werden die RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung werden die Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung (Staatskanzlei NRW) eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

## **6.2 Benehmen/Einvernehmen des RVR**

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR wird daher mittelfristig einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet erarbeiten, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR bzw. bis zum 31.12.2015. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei bis zum verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr das Benehmen danach das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde das Benehmen mit dem RVR hergestellt; die Hinweise des RVR beziehen sich auf den nördlichen Teil der ursprünglichen Änderung 11 MH und werden im gesonderten Verfahren 11b MH gewürdigt. Im Rahmen der förmlichen Beteiligung hat das Referat Regionalplanung des RVR keine Stellungnahme abgegeben. Aus diesem Grund lagen der Planungsgemeinschaft keine Inhalte vor, für die im Rahmen der regionalplanerisch vorgesehenen Erörterung ein Meinungsausgleich erarbeitet werden könnte.

## **6.3 Umgang mit den Stellungnahmen**

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Modifizierung der Planung der neu abgegrenzten Änderung 11a MH geführt haben. Die Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände hat jedoch dazu geführt, die ursprüngliche Änderung 11 MH in 11a MH und 11b MH aufzuteilen (siehe Kapitel 5.1).

Auch im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind keine Anregungen vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt hätten. Im Wesentlichen haben die Träger öffentlicher Belange ihre Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung wiederholt. Von Seiten der Bürger ist in der förmlichen Beteiligung eine Anregung vorgetragen worden. Der BUND Kreisgruppe Mülheim nimmt Bezug auf ein Gutachten zum Vorkommen von schwermetalltoleranten Pflanzenarten. Diese Pflanzengesellschaften befinden sich aber im Wesentlichen im Bereich der RFNP-Änderung 11b MH. Deswegen wurde diese Stellungnahme nur insoweit gewürdigt, als sie sich auf den Änderungsbereich 11a MH bezieht (siehe Abwägungssynopse). Aufgrund von Stellungnahmen der beteiligten öffentlichen Stellen und Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung redaktionell fortentwickelt.

Das schriftliche Erörterungsverfahren wurde mit folgenden Trägern durchgeführt:

- Handwerkskammer Düsseldorf
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Landesbetrieb Straßenbau NRW – Regionalniederlassung Ruhr
- Landesbüro der Naturschutzverbände NRW



- Regionalverband Ruhr Referat 11 - Landschaftsentwicklung und Umwelt

Der Meinungsausgleich wurde erzielt.

## 7 Flächenbilanz

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan-Ebene	
Von der Genehmigung ausgenommen (Ausklammerung)		9,4	Gewerbliche Baufläche	Allg. Siedlungsbereich (ASB)	9,4
Von der Genehmigung ausgenommen (Ausklammerung)		15,3	Fläche für die Landwirtschaft	Allg. Freiraum- und Agrarbereich	15,3
				Regionale Grünzüge [ <i>überlagernde Darstellung</i> ]	[ 12,6 ]
				Bereiche zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung - BSLE [ <i>überlagernde Darstellung</i> ]	[ 12,6 ]
<b>Summe</b>		24,7	<b>Summe</b>		24,7

Wichtiger Hinweis: Die neue Darstellung von Fläche für die Landwirtschaft soll am Standort der RWE-Schaltanlage vom Symbol "Elektrizitätsversorgung" überlagert werden.

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.